

**An die
Mülheimer Medien**

21. März 2018

**Scholz-Plan zur Kürzung der Flüchtlings- und Integrationshilfe des Bundes: „Falsche Richtung“!**

Der Plan von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD), die Förderung der Flüchtlings- und Integrationshilfen des Bundes in den nächsten Jahren von 4,7 Mrd. € zu über Zweidrittel auf 1,3 Mrd. € jährlich drastisch zu kürzen, geht für die CDU-Fraktion „in eine völlig falsche Richtung“ und ist dringend zu korrigieren, erklären die CDU-Fraktionsvorsitzende Christina Küsters und der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heinz Borchardt.



„Bei Umsetzung des Scholz-Planes käme vom Bund insbesondere das falsche Zeichen in Richtung Kommunen bei der maßgeblichen Beteiligung an der Gemeinschaftsaufgabe ‚Flüchtlings- und Integrationsarbeit‘.

Mit der geplanten sukzessiven Kürzung der Flüchtlingspauschale von 6.000 € auf 2.000 € pro Asylbewerber für längstens fünf Jahre würde die Kostenbeteiligung des Bundes dem Anspruch des Konnexitätsprinzips „Wer Leistung bestellt, muss sie auch bezahlen“ nicht mehr im Entferntesten gerecht werden, stellen Christina Küsters und Heinz Borchardt klar.

Christina Küsters kritisiert, dass die Realisierung des Scholz-Kürzungsplanes die Situation bei der Finanzierung der Flüchtlings- und

Integrationsarbeit der Kommunen und insbesondere für das mit zwei Milliarden Euro hoch verschuldeten Mülheim an der Ruhr dramatisch verschärfen würde.

Heinz Borchardt: „Im letzten Bericht des Stadtkämmerers zur aktuellen Haushaltslage im November 2018 wurde für 2018 eine erneute finanzielle Unterdeckung allein bei der Flüchtlings- und Integrationsarbeit in Höhe von 16,5 Mio. € (bei Ausgaben in Höhe von 24,8 Mio. €) prognostiziert. Deshalb muss mit Hilfe des Koalitionspartners SPD dieser Kürzungsplan des Bundesfinanzministers verhindert werden.“

F.d.R.

Hansgeorg Schiemer

- Fraktionsgeschäftsführer -